# Inhaltsverzeichnis


Sitzungsdokumente 3
Niederschrift 3
TOP 4 Präsentation ALP 13
TOP 5 Vortrag School nurses SGA 05 09 2017 25
TOP 5 SeMa - BIG - school nurse 31
TOP 6 TV Mängelmelder Pflegedienste 35

# N I E D E R S C H R I F T

über die **13.** Sitzung

# des Sozial- und Gesundheitsausschusses

(XVI. Wahlperiode)

| | |
|---|---|
| Tag der Sitzung: | **05.09.2017** |
| Ort der Sitzung: | GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich<br>Kreissitzungssaal (1. Etage)<br>Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich<br>(Tel. 02181/601-2171 und -2172) |
| Beginn der Sitzung: | 17:00 Uhr |
| Ende der Sitzung: | 18:55 Uhr |
| Den Vorsitz führte: | Dr. Hans-Ulrich Klose |

## Sitzungsteilnehmer:

### • CDU-Fraktion

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Frau Dr. Linde Becker | Vertretung für Frau Ann-Kathrin Küsters |
| 2. | Herr Klaus Karl Kaster | |
| 3. | Herr Dr. Hans-Ulrich Klose | |
| 4. | Frau Dr. Daniela Leyhausen | |
| 5. | Frau Ursel Meis | |
| 6. | Herr Werner Moritz | |
| 7. | Herr Bernd Ramakers | |
| 8. | Herr Antonius Suppes | Vertretung für Herrn Hans-Josef Engels |
| 9. | Frau Maria Widdekind | |

### • SPD-Fraktion

10. Herr Denis Arndt
11. Herr Udo Bartsch
12. Frau Cornelia Lampert-Voscht
13. Frau Margot Mankowsky
14. Frau Gertrud Servos
15. Frau Ursula Wolf

### • Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16. Herr Martin Kresse
17. Frau Marianne Michael-Fränzel
18. Frau Angela Stein-Ulrich

### • FDP-Fraktion

| | | |
|---|---|---|
| 19. | Herr Gerhard Heyner | |
| 20. | Herr Simon Kell | Bis 18.30 Uhr |
| 21. | Herr Dirk Rosellen | |

- **Die Linke-Fraktion**

22. Herr Oliver Schulz

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

23. Herr Carsten Thiel

- **Freier Demokratischer Bund RKN**

24. Herr Bodo Dirk Aßmuth — Vertretung für Frau Corinna Gerstmann

- **beratende Mitglieder**

25. Herr Harald Holler
26. Herr Dr. Josef Merten
27. Herr Bülent Öztas

- **Gäste**

28. Frau Sabina Albrecht
29. Herr Felix Arnold
30. Herr Steffen Gremmler
31. Herr Dirk Jünger
32. Frau Francis Langenhorst

- **Verwaltung**

33. Frau Barbara Albrecht
34. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge — Ab 17:10 Uhr
35. Herr Dr. Michael Dörr
36. Herr Edwin Erdmann
37. Herr Gerd Gallus
38. Herr Siegfried Henkel
39. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
40. Herr Martin Meisel
41. Herr Marcus Mertens
42. Frau Birgit Rothe-Slak
43. Frau Heike Stump

- **Schriftführer**

44. Herr Carsten Paetau

# I N H A L T S V E R Z E I C H N I S


| Punkt | Inhalt | Seite |
|---|---|---|
| **Öffentlicher Teil:** | | **4** |
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit | 4 |
| 2. | Flüchtlinge Vorlage: 50/2204/XVI/2017 | 4 |
| 3. | Stromsparcheck in finanziell schwachen Haushalten Vorlage: 50/2205/XVI/2017 | 5 |
| 4. | Örtliche Planung nach § 7 APG NRW - Zwischenbericht ALP Vorlage: 50/2179/XVI/2017 | 6 |
| 5. | Projekt "School Nurses" Vorlage: 53/2189/XVI/2017 | 6 |
| 6. | Einrichtung eines digitalen Mängelmelders "Pflegedienste", Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 31.08.2017 | 7 |
| 7. | Mitteilungen | 8 |
| 7.1. | LVR-Leistungsübersicht 2016 für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2208/XVI/2017 | 8 |
| 7.2. | Sachstand "systemische Inklusionsassistenz an Schulen" Vorlage: 50/2209/XVI/2017 | 8 |
| 7.3. | 2. Demokratiekonferenz des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 50/2206/XVI/2017 | 9 |
| 7.4. | 2. Integrationskonferenz zur Integration von Flüchtlingen Vorlage: 50/2207/XVI/2017 | 9 |
| 7.5. | aufgeweckt - gesundes Aufwachsen im Quartier Das Gesunde Städte - Netzwerk berichtet Vorlage: 53/2187/XVI/2017 | 9 |
| 7.6. | Förderung der Wohlfahrtspflege - Übersicht der Zuschüsse und Zuwendungen in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 Vorlage: 50/2210/XVI/2017 | 9 |
| 8. | Anfragen | 9 |

# Öffentlicher Teil:

## 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

**Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde Herr Steffen Gremmler (stellvertretendes Mitglied der Fraktion Die Linke) als neuer sachkundiger Bürger verpflichtet.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 31.08.2017 zur „Einrichtung eines digitalen Mängelmelders Pflegedienste" hin. Gegen die Aufnahme des Antrages auf die Tagesordnung erhoben sich keine Einwände. Der Antrag wurde als TOP 6 behandelt. Die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung lag den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage aus. Diese ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Zudem lag die aktuelle Ausgabe der Gesunde Städte Nachrichten in der Sitzung aus.

## 2. Flüchtlinge
## Vorlage: 50/2204/XVI/2017

**Protokoll:**

Ausschussmitglied Kresse stellte anhand des Berichts für den Kreis eine Stabilisierung der Flüchtlingssituation fest. Der Schwerpunkt müsse jetzt auf Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und in Wohnraum sowie Maßnahmen zum Spracherwerb gelegt werden. Er bat die Verwaltung, den Bericht zukünftig um Zahlen hierzu zu ergänzen.

Herr Henkel sagte zu, die Anregung an den Flüchtlingsbeauftragten des Kreises weiterzuleiten. In der Beiratssitzung des Jobcenters am 04.09.2017 sei über Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen berichtet worden. Der Bericht sollte daher ohne größeren Aufwand um diese Zahlen ergänzt werden können.

Kreistagsabgeordneter Bartsch fragte nach, ob es sich bei den 18 abgeschobenen Personen um Einzelpersonen oder Familienverbünde handele. Frau Mankowsky bat im Hinblick auf die 10 Abschiebeversuche im 1. Halbjahr 2016 um Information zum weiteren Ablauf bei Fällen, in denen eine Abschiebung nicht durchgeführt werden könne.

Herr Henkel sagte eine Beantwortung der Fragen mit dem Protokoll zu.

Nach Auskunft des Leiters der Ausländerbehörde handele es sich um 18 Einzelpersonen. Bei nicht dauerhaften Vollzugshindernissen (z. B. kurzfristige gesundheitliche Probleme am Tag der Abschiebung oder Person nicht angetroffen) werde das Abschiebungsverfahren bis zur erfolgreichen Abschiebung weiter betrieben. Im Einzelfall bestehe die Möglichkeit, bei Gericht Abschiebehaft zu beantragen. Dies werde jedoch sehr restriktiv gehandhabt.

## 3. Stromsparcheck in finanziell schwachen Haushalten Vorlage: 50/2205/XVI/2017

**Protokoll:**

Sozialamtsleiter Henkel fasste den aktuellen Sachverhalt in einem kurzen Bericht zusammen. Von zwei der fünf angefragten Unternehmen lägen der Verwaltung Rückmeldungen vor. Die Stadtwerke Neuss wären bereit, sich durch Bereitstellung eines Kfz für 2 Jahre inkl. Betriebsmittel (Steuer, Versicherung, Kraftstoff) und einmalige Zahlung von 1.000 € in das Projekt einzubringen. Somit ergebe sich aktuell ein jährlich verbleibender offener Finanzbedarf von mindestens 56.000 €.

Die GWG Neuss werde sich nicht an dem Projekt beteiligen. Dies gelte laut aktueller Information von Kreisdirektor Brügge auch für die NEW GmbH, welche sich bereits an einem anderen Landesprojekt beteilige.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Thiel führte Herr Jünger (CaritasSozialdienste GmbH) aus, dass sich die jährliche Stromersparnis bei den angestrebten 350 Checks pro Jahr und einer Ersparnis von im bundesweiten Durchschnitt ca. 150 € pro Haushalt auf insgesamt rund 52.500 € belaufe.

Falls eine vollständige Finanzierung nicht durch Drittmittel erreicht werde, könne der Antrag laut Hinweis des Kreistagsabgeordneten Cöllen in die Haushaltsberatung für das Jahr 2018 eingebracht werden. Der Deckungsvorschlag müsse durch die SPD-Fraktion als Antragstellerin erfolgen.

Kreisdirektor Brügge wies darauf hin, dass hierbei wie bei allen Entscheidungen über freiwillige Sozialleistungen des Kreises abgewogen werden müsse, ob der durch das Projekt zu erzielende Erfolg den Einsatz der Finanzmittel rechtfertige oder diese effektiver in anderen sozialen Projekten eingesetzt werden können. Das Projekt sei nur dann sinnvoll, wenn die Personen hierdurch längerfristig in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten.

Kreistagsabgeordnete Servos und Kreistagsabgeordnete Stein-Ulrich betonten, dass nicht nur die Stromersparnis sondern vor allem die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt im Mittelpunkt des Projektes stehe. Das Projekt fördere die persönliche Entwicklung dieser Personen und biete Qualifizierungsmöglichkeiten zum Energiefachberater. Diese würden bundesweit als Koordinator für den Start von „Stromsparcheck"-Projekten an anderen Standorten nachgefragt.

Nach einer ausführlichen Diskussion bestand Einigkeit darüber, dass das Projekt grundsätzlich für sinnvoll erachtet werde. Die Verwaltung wurde gebeten, bei weiteren Unternehmen (wie z.B. RWE, Dormagener und Grevenbroicher Bauverein, Vertrieb von energiesparenden Haushaltsgeräten) eine Co-Finanzierung anzufragen.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose stellte als Ergebnis der Diskussion fest, dass in dieser Sitzung keine Beschlussfassung erfolgen müsse. Die Verwaltung werde gebeten, über den Fortgang zu berichten.

## 4. Örtliche Planung nach § 7 APG NRW - Zwischenbericht ALP Vorlage: 50/2179/XVI/2017

**Protokoll:**

Herr Felix Arnold vom Institut für Wohnen und Stadtentwicklung stellte den Stand der Pflegebedarfsplanung für den Rhein-Kreis Neuss vor (**Anlage**).

Kreistagsmitglied Cöllen fragte, ob der abschließende Bericht auch Lösungsansätze für die weitere Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär" beinhalte.

Herr Arnold sah Lösungsansätze insbesondere im Bereich der informellen ambulanten Pflege, wie z.B. Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige.

Kreisdirektor Brügge ergänzte, dass zunächst der Ist-Zustand ermittelt würde. Die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen würden dann im Oktober bewertet bzw. diskutiert werden.

Kreistagsmitglied Servos wies auf die Bedeutung einer barrierefreien Infrastruktur hin.

Kreistagsmitglied Meis bat darum, den Focus besonders auf unterstützende ambulante Angebote wie Kurzzeitpflege und Tagespflege zu legen. Diese böten pflegenden Angehörigen eine Entlastung, soweit diese vorübergehend die häusliche Pflege nicht leisten können.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Mankowsky erläuterte Herr Arnold die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach qualifiziertem Personal und dem gleichzeitig herrschenden Fachkräftemangel.

Kreistagsabgeordneter Bartsch bat darum, im Kontext Pflege nicht nur die Bedürfnisse älterer Menschen sondern auch die von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen.

## 5. Projekt "School Nurses" Vorlage: 53/2189/XVI/2017

**Protokoll:**

Dezernent Mankowsky stellte das Projekt School Nurses mit einer Präsentation vor (**Anlage**) und begrüßte Frau Albrecht als Leiterin sowie Frau Langenhorst vom Bildungsinstitut für Gesundheitsberufe.

Frau Langenhorst stellte die Möglichkeiten des Bildungsinstitutes für eine entsprechende Qualifizierung vor (**Anlage**).

Kreistagsmitglied Stein-Ulrich fragte im Anschluss an den Vortrag, wie hoch ein eventuelles Schulgeld für eine solche Ausbildung sei, wie die Personen während einer solchen Fortbildung finanziell abgesichert seien und in welchem Umfang Bedarf für entsprechende Fachkräfte im Rhein-Kreis Neuss vorhanden sei.

Kreistagsabgeordneter Aßmuth verwies auf die historische Herleitung. School Nurses wurden insbesondere in angelsächsischen Ländern installiert, um die fehlende Krankenversicherung vieler Kinder an dieser Stelle zu kompensieren.
Er halte es aber angesichts des derzeitigen Fachkräftemangels in Krankenhäusern für fraglich, ob der Einsatz solcher Fachkräfte in Schulen sinnvoll sei.

Auch er stelle sich die Frage nach einer Finanzierung solcher School Nurses.

Dezernent Mankowsky erklärte, dass er einen besonderen Bedarf insbesondere in der präventiven Aufgabe sehe und daher eine Finanzierung über das Präventionsgesetz avisiere.

Dezernent Mankowsky führte auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Schulz aus, dass bei den bestehenden Pilotprojekten ein großes Interesse bei entsprechenden Fachkräften für eine solche Fortbildung bestanden habe. Im Kreis Neuss wolle man zunächst 10 Fachkräfte ausbilden.

Kreistagsabgeordneter Cöllen beantragte zur Geschäftsordnung das Ende der Debatte und Abstimmung. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Kreisdirektor Brügge schlug vor, das die Verwaltung entsprechend des Beschlussvorschlages zunächst weiter recherchiert und die Fragen bezüglich der Finanzierung klärt. In dem Zuge würden auch die eingangs von der Kreistagsabgeordneten Stein-Ulrich aufgeworfenen Fragen erörtert werden. Erst dann solle weiter über das Projekt beraten bzw. dieses endgültig beschlossen werden.

***SozGe/20170905/Ö5***

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bittet die Verwaltung, die Umsetzung eines Projektes „School Nurses" im Rhein-Kreis Neuss weiter voranzutreiben. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, die Finanzierung auf Grundlage des Präventionsgesetzes mit den Krankenkassen zu klären und zur abschließenden Beschlussfassung im Sozial- und Gesundheitsausschuss vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

## 6. Einrichtung eines digitalen Mängelmelders "Pflegedienste", Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 31.08.2017

**Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Rosellen erklärte, dass der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und FPD das Ziel verfolge, die gute Arbeit der WTG-Behörde noch weiter zu verbessern. Er ergänzte den Antrag dahingehend, dass die Verwaltung nach Ablauf eines Jahres über die Umsetzung berichten solle.

Nach einem kurzen Austausch bestand fraktionsübergreifend Einigkeit darüber, dass durch die Einrichtung des Mängelmelders keine Denunzierungsplattform für Pflegedienste geschaffen werden solle. Vielmehr sollen die Meldungen anonym erfolgen und für die Öffentlichkeit nicht einsehbar sein.

Kreistagsabgeordneter Arndt regte an, den Lesezugriff auf die Sachbearbeiter der WTG-Behörde zu beschränken und den Beschluss um diese Maßgabe zu erweitern.

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass die von der Verwaltung zu beachtenden, allgemeinen Datenschutzrichtlinien gelten würden. Die Maßgabe müsse daher nicht explizit in den Beschluss aufgenommen werden. Eine Festlegung des Zugriffs ausschließlich auf

Sachbearbeiter halte er nicht für praktikabel, da dieser auch den Vorgesetzten zur Verfügung stehen sollte.

Kreistagsabgeordneter Thiel fragte, ob bei mehrfachen Meldungen zu einem Pflegedienst ein Bericht an die Politik erfolge. Die Verwaltung berichte laut Kreisdirektor Brügge nur bei schwerwiegenden Fällen, in denen sich die Meldungen nach Prüfung durch die WTG-Behörde bestätigt hätten.

Abschließend betonte Kreisdirektor Brügge, dass die Verwaltung grundsätzlich Anregungen für Verbesserungen offen gegenüber stehe und diese begrüße.

***SozGe/20170905/Ö6***

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen „digitalen Mängelmelder Pflegedienste" im Internetauftritt der Kreisverwaltung einzurichten, der es ermöglicht, Beschwerden über Einrichtungen im Sinne des WTG an die Verwaltung heranzutragen. Nach Ablauf eines Jahres soll die Verwaltung über die Umsetzung Bericht erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt bei 2 Enthaltungen

## 7. Mitteilungen

### 7.1. LVR-Leistungsübersicht 2016 für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2208/XVI/2017

**Protokoll:**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

### 7.2. Sachstand "systemische Inklusionsassistenz an Schulen" Vorlage: 50/2209/XVI/2017

**Protokoll:**

Herr Henkel trug die Einzelheiten des Konzeptes zur systemischen Inklusionsassistenz vor. Das Pilotprojekt sei mit Schulbeginn am 31.08.2017 an folgenden 5 Schulen im Kreisgebiet mit einem Mitteleinsatz von insgesamt rund 240.000 € gestartet:

- Mosaikschule in Grevenbroich-Hemmerden
- Andreas-Schule in Korschenbroich
- Grundschule in Hochneukirch-Otzenrath
- Gutenberg-Schule in Korschenbroich
- Grundschule in Rommerskirchen-Frixheim

Die vorgenannten Schulen verfügten ab sofort über einen Pool an Integrationshelfern für die Betreuung von behinderten Kindern, die Begleitung und Assistenz im Schulalltag benötigen. Durch die Poollösung müssten nicht mehr für jedes Kind einzeln Individualanträge der Eingliederungshilfe gestellt werden. Nach einer Laufzeit von einem Jahr sollen die Ergebnisse evaluiert und eine mögliche Übertragbarkeit auf alle anderen Schulen und Schulformen im Kreisgebiet geprüft werden.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Servos bestätigte Herr Henkel, dass in Einzelfällen weiterhin ergänzende Leistungen der Eingliederungshilfe beantragt werden

könnten, soweit die Poollösung den individuellen Bedarf eines Kindes nicht gänzlich abdecke.

Kreisdirektor Brügge führte im Hinblick auf die räumliche Beschränkung des Pilotprojektes aus, dass die Verwaltung zunächst die Einbindung anderer Jugendhilfeträger erwogen habe. Hierdurch hätten sich jedoch womöglich weitere Anforderungen ergeben. Daher habe die Verwaltung beschlossen, das Pilotprojekt auf den Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes zu beschränken. Die Einbindung weiterer Jugendhilfeträger solle vertiefend geprüft werden, sofern sich das Konzept der Poollösung nach Ablauf eines Jahres für eine Übertragbarkeit auf die anderen Schulen bewährt habe.

## 7.3. 2. Demokratiekonferenz des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 50/2206/XVI/2017

**Protokoll:**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

## 7.4. 2. Integrationskonferenz zur Integration von Flüchtlingen Vorlage: 50/2207/XVI/2017

**Protokoll:**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

## 7.5. aufgeweckt - gesundes Aufwachsen im Quartier Das Gesunde Städte - Netzwerk berichtet Vorlage: 53/2187/XVI/2017

**Protokoll:**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

## 7.6. Förderung der Wohlfahrtspflege - Übersicht der Zuschüsse und Zuwendungen in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 Vorlage: 50/2210/XVI/2017

**Protokoll:**

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Bartsch bestätigte Kreisdirektor Brügge, dass die für das Jahr 2016 bewilligten Zuwendungsbeträge vollumfänglich von den Verbänden der Wohlfahrtsverbände abgerufen worden seien.

## 8. Anfragen

**Protokoll:**

Anfragen gab es keine.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 18:55 Uhr die Sitzung.

Hans. Ulrich Klose

**Dr. Hans-Ulrich Klose**
Vorsitzender

Paetau

**Carsten Paetau**
Schriftführer

rhein kreis neuss

# Pflegebedarfsplanung Rhein-Kreis Neuss

**Felix Arnold**

# Vorgehen

Institut für Wohnen und Stadtentwicklung

01 Bestandsaufnahme Angebot

02 Bedarfsabschätzung

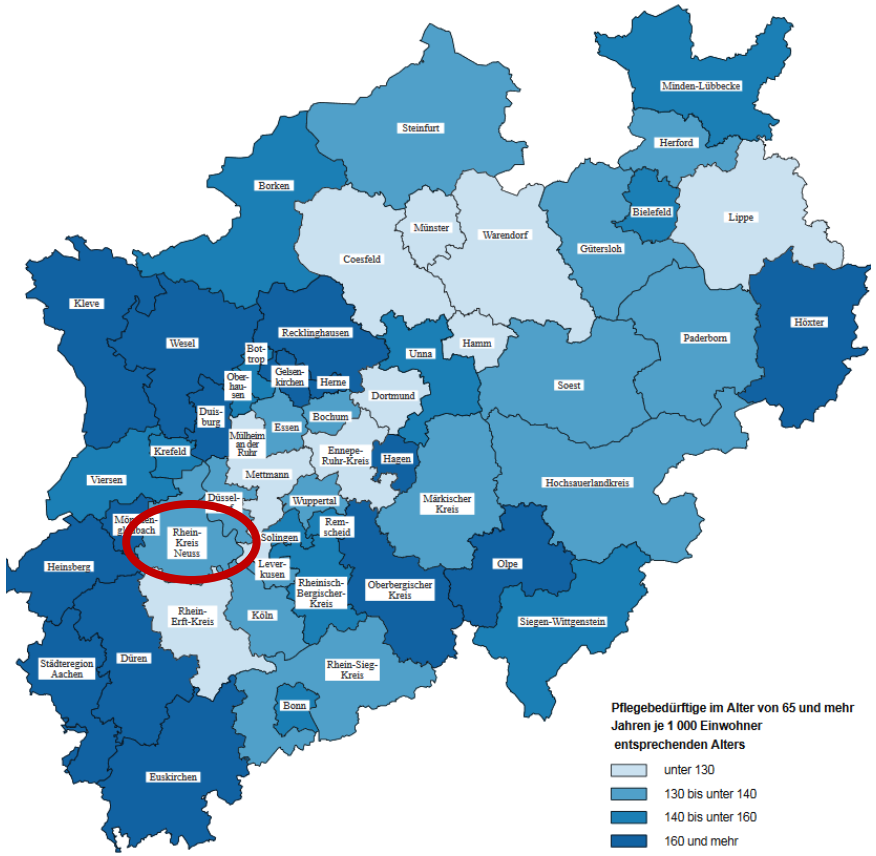
03 Bilanzierung von Bestand und Bedarf

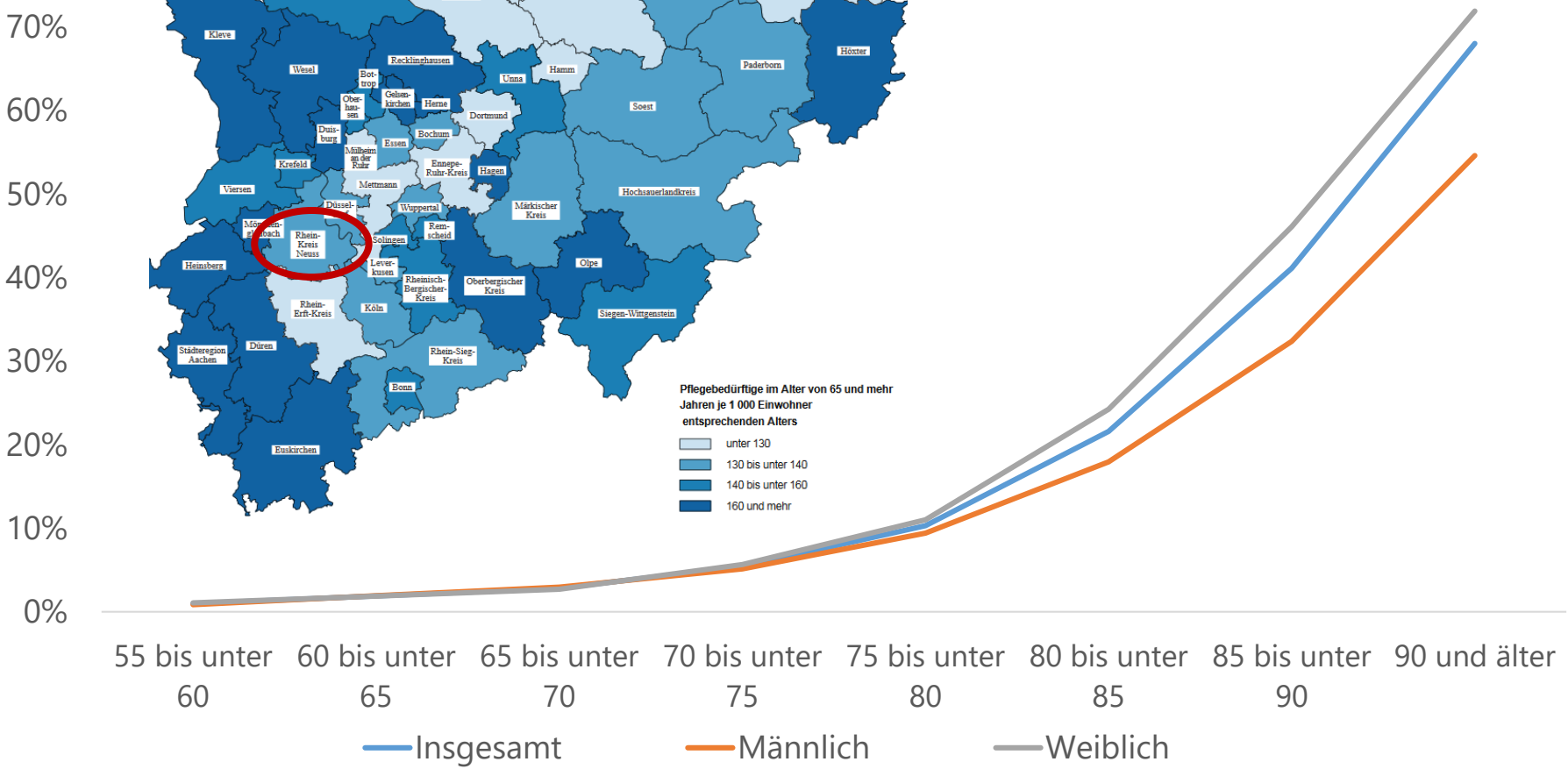
04 Bewertung und Handlungsempfehlungen

# Determinanten der Nachfrage nach Pflegeleistungen

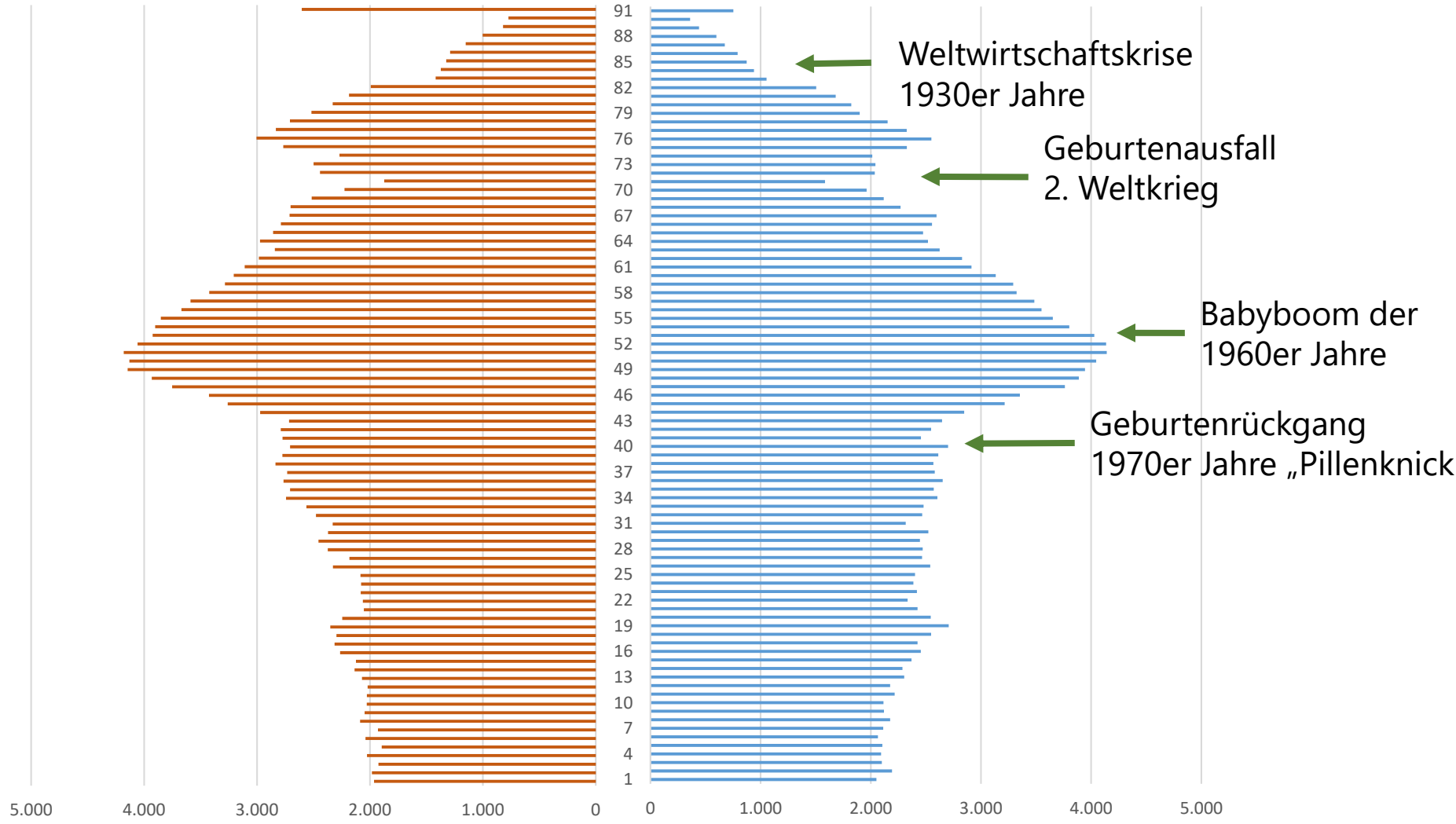
- **Altersstruktur**
  - Demografische Alterung entscheidend für Nachfrageentwicklung
- **Gesetzliche Rahmenbedingungen**
  - Leistungs- und Angebotsausweitungen der Pflegeversicherung etwa durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PfWG), das PNG, das PSG I und aktuell durch das PSG II haben tendenziell zu einer höheren Nachfrage geführt
- **Angebotsstruktur**
  - Angebot schafft Nachfrage bzw. fehlendes Angebot führt zu Ausweichprozessen
- **Informelles Pflegepotenzial**
  - Entwicklung der Pflegebereitschaft / rechtliche Rahmenbedingungen
  - Mobilere Gesellschaft
  - Familien- und Haushaltsstrukturen
  - Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit

# Status quo - Pflegewahrscheinlichkeit Rhein-Kreis Neuss



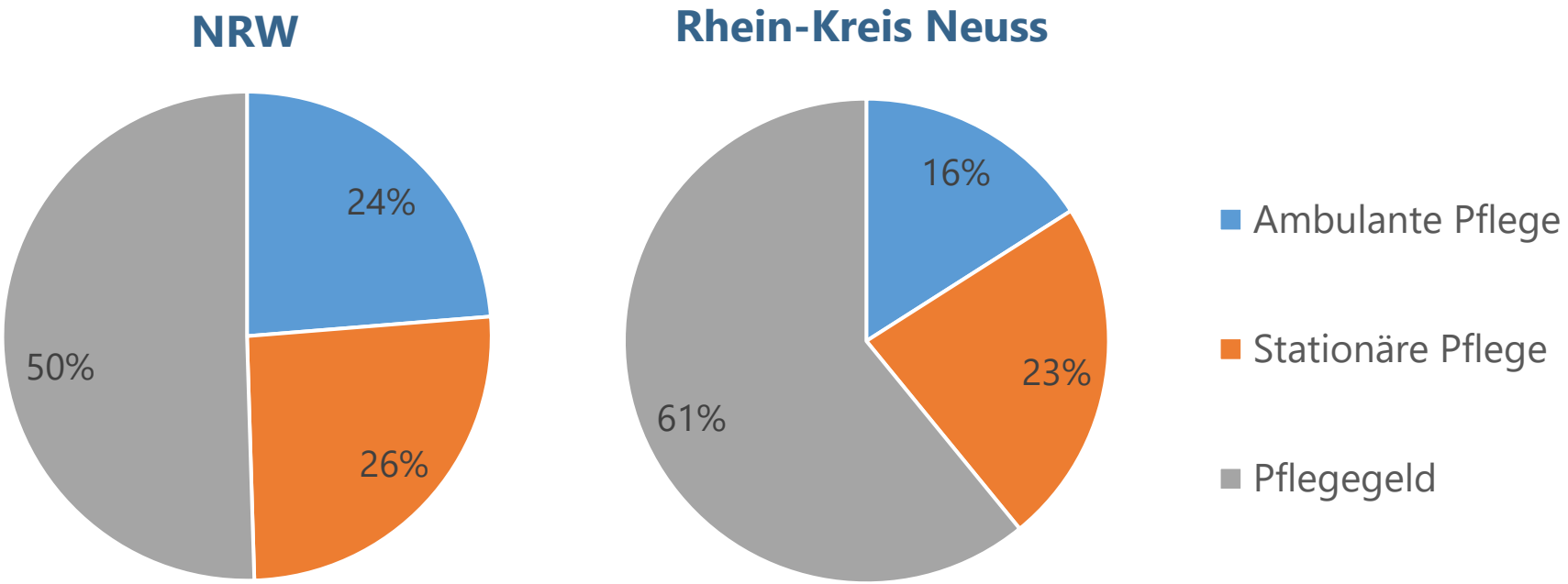



# Rhein-Kreis Neuss - Alterspyramide 2015




Quelle: ALP, IT.NRW

# Status quo - Struktur der Nachfrage

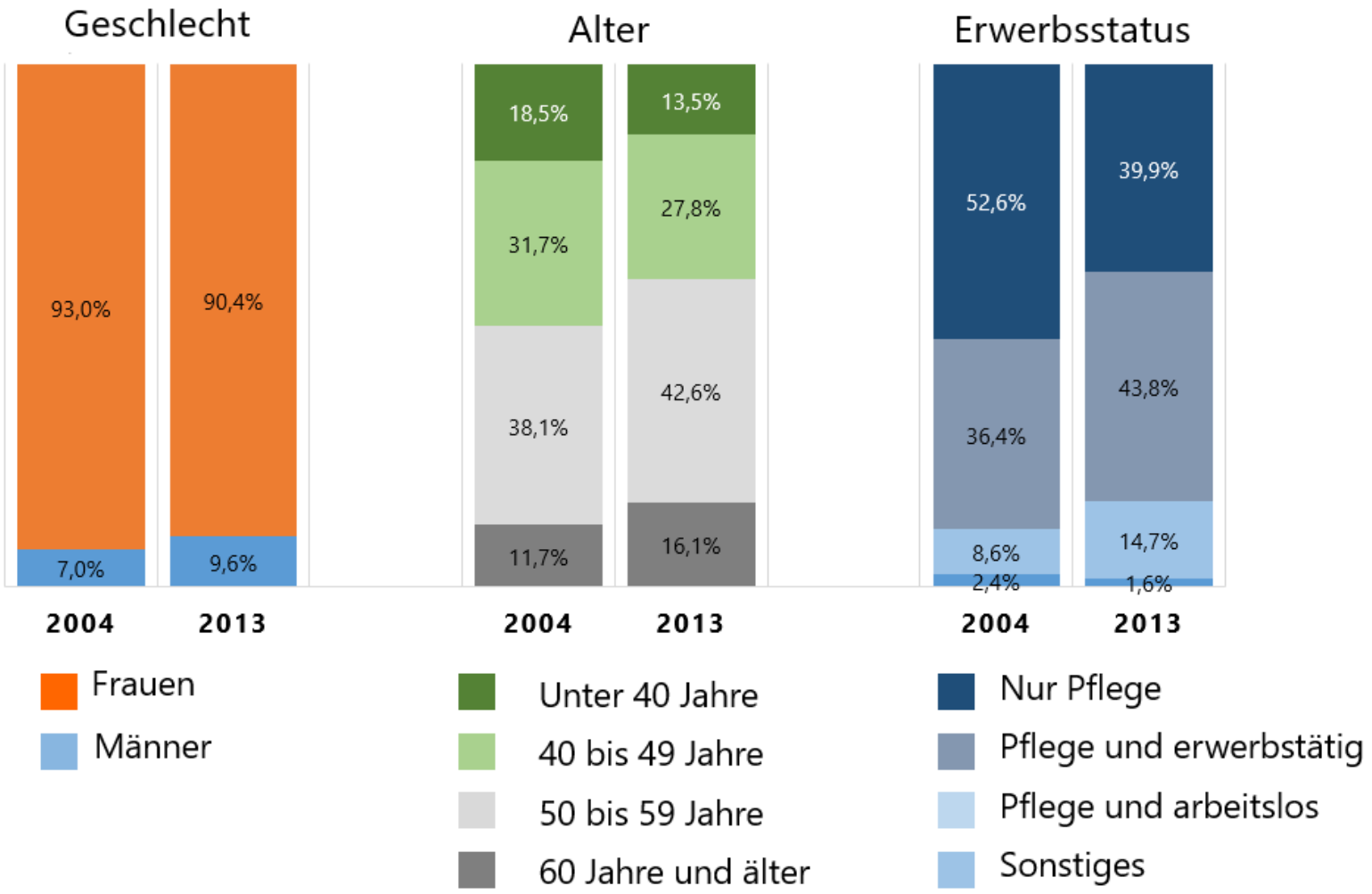



Quelle: ALP, IT.NRW

| Pflege differenziert nach Pflegeform – Entwicklung 2009 bis 2015 | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | Insgesamt | Ambulante Pflege | Stationäre Pflege | Pflegegeld |
| Rhein-Kreis Neuss | 42 % | 19 % | 19 % | 61 % |

- **Insgesamt 4.450 Pflegebedürftige mehr (2009 vs. 2015)**
- **Von 100 zusätzlichen Pflegebedürftigen erhalten 78 ausschließlich Pflegegeld**

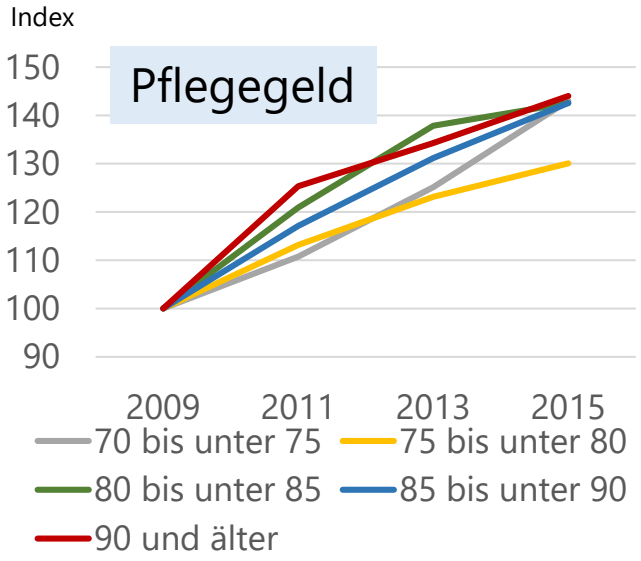
# Struktur der Pflegenden (informelles Pflegepersonal)

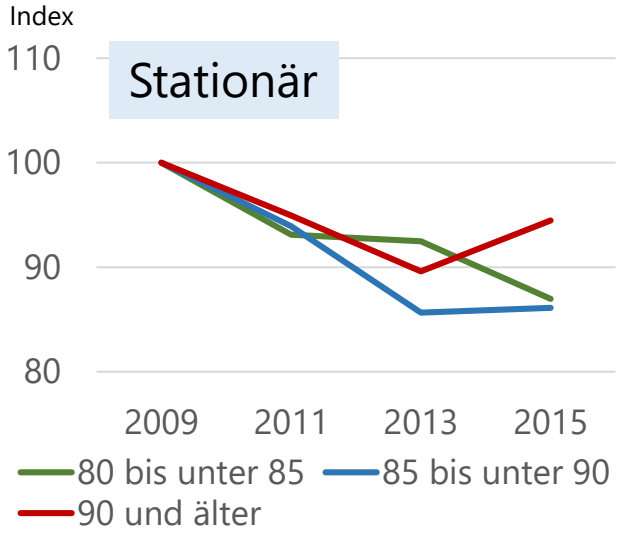


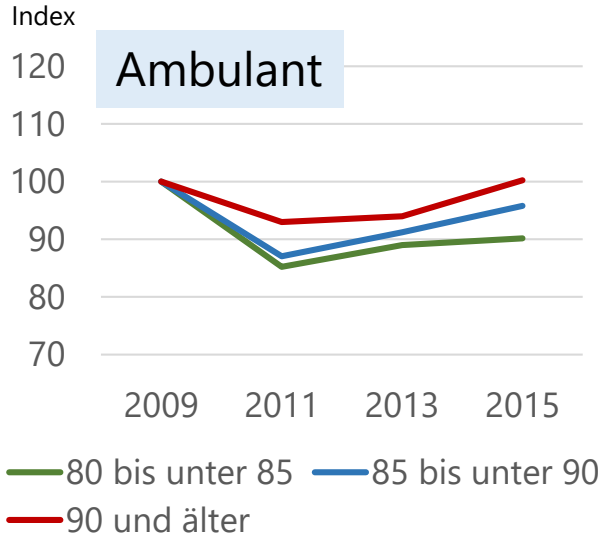

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2005 und 2014 (aktualisierte Vorjahreszahlen)

# Entwicklung der Pflegequoten

- Deutliche Verschiebung hinzu ambulanter (informeller) Pflege
- Anteil der Pflegebedürftigen, die stationär versorgt werden, ist rückläufig
- Tendenziell steigende Pflegequoten bei niedrigen Pflegegraden
- Tendenziell steigende Pflegequoten bei Männern



# Zentrale Herausforderungen

## Befragung Experten – Einrichtungsleiter

- Gewinnung von ausreichend Personal (Fachkräften)
- Aufrechterhaltung der Fachkraftquote (50%) problematisch
- Kürzere Verweildauern bei erhöhtem Pflege- und Betreuungsaufwand im stationären Bereich → der Charakter der Einrichtungen verändert sich (bereits heute sind rund 70 % der Heimbewohner demenziell erkrankt)
- Hoher Nachfrageanstieg nach ambulanten Pflegeleistungen (u. a. nach Leistungen gemäß § 45b SGB XI - Entlastungsbetrag) – Nachfrage kann derzeit nicht befriedigt werden
- Steigende Nachfrage nach teilstationären Pflegeangeboten (insbesondere Tagespflege)
- Hohe Planungsunsicherheit hinsichtlich der Investitionskosten/ Modernisierung und Standardanpassungen kaum finanzierbar (stationär)
- Es fehlt an barrierearmen Wohnungen / alternativen Wohnformen
- Stärker Unterstützung von pflegenden Angehörigen

# Zwischenfazit

- Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird der Pflegebedarf weiter steigen (2017 bis 2030: rund 20 % )
- Die Personalsituation bleibt angespannt und wird sich tendenziell weiter verschärfen
- Tendenziell wird das Wachstum vor allem in der ambulanten und teilstationären Pflege stattfinden
- Die Personalengpässe insbesondere in der ambulanten Pflege führen zu einer zusätzlichen Belastung der pflegenden Angehörigen → Aufgrund der Engpässe im professionellen ambulanten Bereich „boomt“ der Markt der Vermittlungsagenturen
- Wenn zukünftig weiterhin ein hoher oder sogar steigender Anteil der Pflegebedürftigen ambulant versorgt werden soll, sind Unterstützungsstrukturen weiter auszubauen

# Zeitplan

| | | |
|---|---|---|
| **September** | **-** | **Finalisierung Prognose (Szenarien, gemeindebezogene Ergebnisse), Bedarfsabschätzung** |
| **Oktober** | **-** | **Bewertung und Handlungsempfehlungen** |
| **November** | **-** | **Endbericht und Aufbau Monitoring** |

# Projektidee für den Rhein-Kreis Neuss

Sozial- und Gesundheitsausschuss | Grevenbroich, 5. September 2017

## Schulgesundheitsfachkräfte „school nurses"



rhein kreis neuss

# Schulgesundheitsfachkräfte/school nurses!

## Eine geregelte Gesundheitsversorgung findet in deutschen Schulen bisher wenig statt!

Einsatz von School Health Nurses ist in Skandinavien, Polen, Großbritannien oder den USA bewährt und üblich

Warum „school nurses" in Deutschland?

- Morbiditätswandel im Kindesalter
  - Infektionskrankheiten ↓
  - Psychische Störungen ↑
  - Entwicklungsdefizite ↑
  - Chronische Erkrankungen ↑
- Geänderter Schulalltag
  - Ganztag
  - Inklusion

# Schulgesundheitsfachkräfte/school nurses!

## Bewältigung neuer Herausforderungen schulischer Gesundheitsversorgung & –förderung

## Aufgaben der school nurse

- Erste Hilfe im Notfall
- Hilfe bei akuten Erkrankungen und Betreuung bis Schulschluss/Abholung
- Förderung der Inklusion von Schülerinnen/Schülern mit Behinderungen
- Regelmäßige Untersuchungen zur Feststellung und Kontrolle des gesundheitlichen Zustands
- Beratungs-, Informationsgespräche und Schulungen mit Schülern, Eltern und Lehrpersonal
- Durchführung präventiver Maßnahmen
- Überwachung von kindgerechten und gesunden Mahlzeiten
- Bindeglied zwischen Eltern, Lehrern und Schülern
- Ansprech- und Vertrauensperson für Kinder (mit Schweigepflicht)
- Identifizierung von Kindern, die besonderen sozialen, gesundheitlichen oder familiären Belastungen ausgesetzt sind
- Unterstützung bei chron. Erkrankungen/Behinderungen bzw. nach längerer krankheitsbedingter Abwesenheit

# Schulgesundheitsfachkräfte/school nurses!

## Zusammenspiel von Gesundheit und Bildung beeinflusst den Lebensweg maßgeblich

## Vorteile für alle Zielgruppen

- Schulalltag wird von Schüler/innen angstfreier, sicherer, lernbereiter empfunden
- Entlastung der Lehrkräfte von fachfremden gesundheitsbezogenen Aufgaben
- Verbesserung der Integration chronisch kranker und behinderter Schüler/innen
- Verringerung des Schulabsentismus
- Verbesserung der Bildungschancen und Ausbildungsfähigkeit für Schüler/innen
- Verbesserung der Lernvoraussetzungen für gesundheitlich und/oder sozial belasteten Schüler/innen

# Projektidee „school nurse“ im Rhein-Kreis Neuss

## Step 1

Was bisher geschah

- Initiator: Karsten Mankowsky (Kooperationsprojekt „school nurses“, Hessen)
- Gespräch mit Herrn T. Lonnes (Kreis-Schuldezernent)
- Gespräche mit dem Gesundheitsministerium NRW
- Treffen des Gesundheitsamtes mit dem BIG (B. Albrecht, Dr. M. Dörr, F. Langenhorst)
- Studentin Julia Pelters (Erstellen einer Bachelorarbeit)
- Konkretisierung der Projektidee

## Step 2

Was noch geschehen muss

- Erstellen einer Kostenvorausplanung
- Klärung der Finanzierung
- Kontakt mit Schulen aufnehmen

Pilotphase

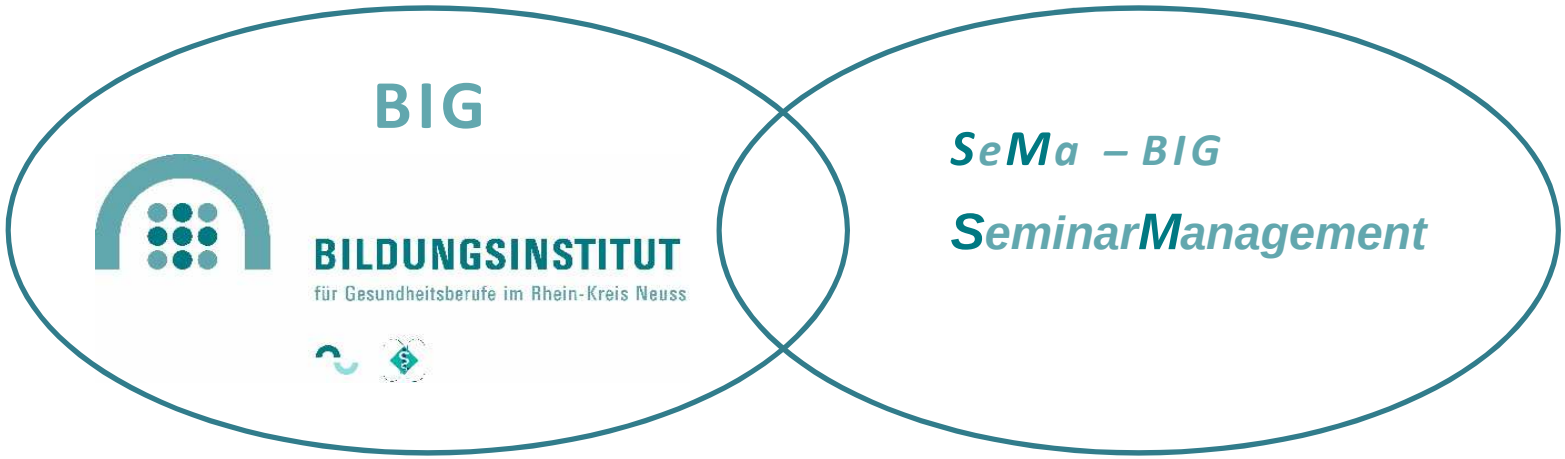
# Die Rolle des BIGs für das Projekt „school nurse“

*



* Quelle: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Potsdam e. V., 2017.

**Ausbildungsbereich & Weiterbildungsbereich**




**im Rhein-Kreis Neuss**

# „school nurse“ - Qualifizierung

**Ex. Gesundheits- & Kinderkrankenpfleger/in**
**mit Berufserfahrung**

**12 Monate - 1650 Stunden**

**Theorie - BIG**

- Kommunikation
- Pädagogik
- Soziale Arbeit
- Qualitätssicherung
- etc.

**Praxis - Schulen**

- Hospitationen
- Tätigkeitsbegleitende Phase
- Reflexionsgespräche

**mündl. Prüfung**

**BIG**

**„school nurse“**

# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sabina Albrecht**
Dipl. Pflegepädagogin FH
Institutsleitung

**Francis Langenhorst**
Dipl. Gesundheits-Ökonomin
Koordination Seminarmanagement

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 05.09.2017

50 - Sozialamt

# Tischvorlage

**Sitzungsvorlage-Nr. 50/2263/XVI/2017**

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|---|---|---|
| **Sozial- und Gesundheitsausschuss** | 05.09.2017 | öffentlich |

**Tagesordnungspunkt:**

## Einrichtung eines digitalen Mängelmelders "Pflegedienste", Antrag der Fraktionen der CDU und FDP vom 31.08.2017

**Sachverhalt:**

Mit Antrag vom 31.08.2017 beantragen die Fraktionen der CDU und der FDP die Verwaltung mit der Einrichtung eines „digitalen Mängelmelders Pflegedienste" zu beauftragen. Auf die Sachverhaltsdarstellung und Begründung des Antrages wird verwiesen.

Die Entgegennahme und Bearbeitung von Beschwerden gehören zum Tagesgeschäft der WTG-Behörde. Ziel der Bearbeitung von Beschwerden ist nicht in erster Linie das Sanktionieren von festgestellten Fehlern oder Mängeln, sondern deren Abstellung und zukünftige Vermeidung. Somit helfen Beschwerden bei der Sicherung einer ordnungsgemäßen Pflege und Versorgung der Menschen, die in Einrichtungen im Sinne des WTG leben.

Der Gedankenansatz, den Zugang zur WTG-Behörde über einen zusätzlichen digitalen Beschwerdeweg zu ergänzen, wird seitens der Verwaltung vor diesem Hintergrund begrüßt. Nach einer Recherche des WTG-Teams gibt es im benachbarten Rhein-Erft Kreis bereits ein online verfügbares Beschwerdeformular, welches nach dortiger Auskunft auch regelmäßig und insbesondere für anonyme Beschwerden über WTG-Einrichtungen genutzt wird.

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben des Wohn- und Teilhabegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (WTG) sind die WTG-Behörden verpflichtet, die Ergebnisse von Regelprüfungen in ihrem Onlineportal zu veröffentlichen. Die Kreisverwaltung hat diese Vorgabe umgesetzt und in diesem Zusammenhang den gesamten Internetauftritt des WTG-Bereiches zum Anfang des Jahres 2016 aktualisiert. Eine Ergänzung des bestehenden Internetauftritts um den „digitalen Mängelmelder Pflegedienste" dürfte daher - vorbehaltlich einer dezidierten Prüfung durch das Presseamt - weder besonders zeitaufwändig noch technisch schwierig sein.

**Beschlussempfehlung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen „digitalen Mängelmelder Pflegedienste" im Internetauftritt der Kreisverwaltung einzurichten, der es ermöglicht Beschwerden über

Einrichtungen im Sinne des WTG an die Verwaltung heranzutragen.

**Anlagen:**
Antrag digitaler Mängelmelder Pflegedienste vom 31.08.2017

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des
Sozial- und Gesundheitsausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Dr. Hans-Ulrich Klose
Oberstraße 91
41460 Neuss

31. August 2017

**Antrag zur Einrichtung eines digitalen Mängelmelders „Pflegedienste“**

Sehr geehrter Herr Dr. Klose,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05. September 2017 zu nehmen:

37

**Antrag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen digitalen Mängelmelder für sämtliche Betreuungseinrichtungen der Altenpflege, der Kurzeit- und Tagespflege, des Servicewohnens, der stationären Hospize, ambulanter Dienste sowie von Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung im Rahmen des Bürgerportals auf der Internetseite der Kreisverwaltung einzurichten, über den Bürger und Mitarbeiter Mängel in den Einrichtungen unmittelbar an die WTG-Behörde melden können.

**Begründung:**

Im Rahmen des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW werden die Rahmenbedingungen für sämtliche Betreuungseinrichtungen der Altenpflege, der Kurzeit- und Tagespflege, des Servicewohnens, der stationären Hospize, ambulanter



CDU-Kreistagsfraktion ▪ Münsterplatz 13a ▪ 41460 Neuss
Telefon: 02131/718850 ▪ Telefax: 02131/7188555 ▪ E-Mail: fraktion@cdu-rheinkreisneuss.de
▪ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ▪ Brauereistraße 13 ▪ 41352 Korschenbroich
Telefon: 02161/8299860▪ Telefax: 02161/8299861▪ E-Mail: info@fdp-rkn.de
▪ Internet: www.fdp-rkn.de

Dienste sowie von Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung geregelt. Es gehört zu den Aufgaben der WTG-Behörde, die gesetzlichen Standards regelmäßig zu überprüfen, um bei Mängeln beraten zu können.

Aufgrund der immer größer werdenden Anzahl von Betreuungseinrichtungen im gesamten Rhein-Kreis und der Tatsache, dass diese Aufgabe von derzeit nur drei Mitarbeitern der Kreisverwaltung durchgeführt wird, ist es erforderlich ein direktes „Beschwerdesystem“ anzubieten. Ein Angebot für das einfache Melden von eventuellen Mängeln in den Einrichtungen oder Diensten bereitzustellen, das sowohl von der Bevölkerung als auch von Mitarbeitern der Einrichtungen oder Diensten online bedient werden kann, dient einem ständigen kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP). Dies ist aufgrund des Qualitätsmanagements, das besonders auf dem Gebiet der Betreuungseinrichtungen und auch der Ambulanten Dienste geboten erscheint, eine dringende Voraussetzung, um gesetzlich vorgegebene Standards laufend überprüfen zu können. Dazu bietet die Homepage des Rhein-Kreises Neuss durch die Rubrik „Bürgerportal“, die lediglich um eine Art *Mängelmelder für Betreuungseinrichtungen* ergänzt werden müsste, beste Voraussetzungen.

Der Vorteil für die Bevölkerung wird darin gesehen, dass ohne großen Aufwand oder das Überwinden von Hemmschwellen, Mängel online gemeldet werden könnten, denen die Kreisverwaltung bzw. WTG-Behörde direkt vor Ort nachgehen kann und somit keine Verzögerungen bei Mängeln, die eventuell auch zu größeren Missständen führen können, entstehen.

38

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Rolf Kluthausen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



CDU-Kreistagsfraktion ▪ Münsterplatz 13a ▪ 41460 Neuss
Telefon: 02131/718850 ▪ Telefax: 02131/7188555 ▪ E-Mail: fraktion@cdu-rheinkreisneuss.de
▪ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ▪ Brauereistraße 13 ▪ 41352 Korschenbroich
Telefon: 02161/8299860 ▪ Telefax: 02161/8299861 ▪ E-Mail: info@fdp-rkn.de
▪ Internet: www.fdp-rkn.de